

# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Aktualisiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich zu Abholung 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Eitelich ist jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Zeitspaltene oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeitspaltene 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für nächtliche Weitergabe unbekannt gezeichnete oder durch Fernsprecher aufgenommene Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10. — M., das Teufel, zusätzlich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 48

Donnerstag, den 23. April 1931

33. Jahrg.

## Unnötige Einfuhr?

Von  
Dr. Burtard-Berlin.

Da gerade die Einfuhr von Obst und Gemüse gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, bringen wir die Ausführungen des bekannten Volkswirtschaftlers, um sie jedoch diejenige zu eigen machen zu wollen.

Die Einfuhr von Obst und Gemüse wird von Landwirtschaft und Gartenbau als eine so drückende Konkurrenz auf dem deutschen Markt empfunden, daß man sich den wärkeren Zollschutz für diese Produkte erwünscht. So verständlich die Wünsche der schwerringenden deutschen Landwirtschaft auch sein mögen, so muß doch die Frage gestellt werden, ob sie sich erfüllen lassen, ohne der Gesamtwirtschaft Schäden zuzufügen, und ob sie der Landwirtschaft selbst die Hilfe bringen werden, deren sie bedarf. Die Probleme, die es sich hier handelt, einerseits dem deutschen Landwirtschaft, andererseits ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse, sind zu derweilen, ist daß sie sich durch ein Patentmittel, die Schutzzölle, lösen lassen.

Es steht außer Zweifel, daß durch die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen der ländlichen Bevölkerung vor ständig gestiegene Bedarf an Obst und Gemüse nicht mehr allein aus deutscher Erde befriedigt werden kann, weil die Voraussetzung dafür, nämlich eine regelmäßige Versorgung mit frischen Erzeugnissen das ganze Jahr hindurch, an dem unregelmäßigen Aufkommen der deutschen Ernte scheitert. Aus klimatischen Gründen können ausreichende Mengen frischen Obstes vor Ende Juni kaum auf dem Markt erscheinen und die Entzettel für frisches Obst und Gemüse ist mit Beginn der Woche im Osten über die Hälfte der Monatspreise im Westen bis Juni kommen für die Bedarfsdeckung der deutschen Bevölkerung in den Städten aus einheimischer Erzeugung nur die sogenannten Wintergemüse — Grünkohl, Rotkohl, Weißkohl — eine Frage, von Obst, neben geringen Mengen einheimischer Birnen nur Äpfel. Gerade in diesen Monaten zeigt aber unsere Ware heute noch Durchschnittspreise, die den geltenden Ansprüchen der Verbraucher in vielen Fällen nicht gerecht werden. Selbst wenn eine gute Ernte vorliegt, fehlen geeignete Lagerungsmöglichkeiten (Kühlhäuser), um eine längere Verlagerung der Verbraucher zu gewährleisten. Die Einfuhr von Obst und Gemüse fällt also in erster Linie heute vorhandene Vorräte aus und kommt in der Zeit auf den Markt, wo deutsche Ware kaum noch, oder überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Die Statistik liefert dazu hierfür ein Beweis: 86 Prozent der Gesamtmenge der fruchtobst-Einfuhr erfolgt von Mitte November bis zur ersten Hälfte des Juni auf dem deutschen Markt.

In landwirtschaftlichen Kreisen ist hier und dort noch die Meinung sehr verbreitet, daß der Verbraucher heimische Produkte so zu erreichen muß, wie sie dem Erzeuger zufließen. Dieser Gedankengang ist in der heutigen Zeit, in der Lohnarbeit und Gehaltspfänger darauf angewiesen sind, nur den Tagesbedarf zu kaufen, nicht mehr maßgebend. Die Hausfrau kann heute nicht viel danach fragen, woher die Ware kommt, sondern sie wird derjenigen den Vorzug geben, die nach Qualität und Preis ihren Ansprüchen und ihrem Geldbeutel am besten entspricht.

Eine landwirtschaftliche Produktion, die sich nicht auf die Bedürfnisse des Verbrauchers einstellt, und sich nicht bemüht, nur das zu erzeugen, was der Markt verlangt, wird sich dann nicht wieder in die Höhe kommen, wenn sie ständig neue Zwangsmittel des Staates für ihre Interessen umruft. Die Klagen der Landwirtschaft über zu geringe Preise sind unberechtigt, wenn die angebotene Ware zu geringe mangelnde Qualität hat, die schwer absehbar ist. Daß es durchaus möglich ist, für hochwertige Erzeugnisse gute Preise zu erzielen, sofern sie in einer Menge an dem Markt gebracht werden, die einen lohnenden Absatz durch den Handel möglich macht, beweist die Propagandaarbeit der Landwirtschaftsminister in Halle. Dort haben autorisierte deutsche Fachleute 45 bis 60 Mark pro Zentner erbracht. Es liegt außer Zweifel, daß gute Qualitätsware genaugen das höhere Transportvermögen immer früher an den Markt gebracht werden kann, als ausländische. Wenn letztere trotz der hohen Vorbelastung durch Frachten, Zölle und Importzinsen immer noch leichter abzugehen ist als deutsche Ware, so ist das ein Beweis dafür, daß die ausländischen Standardsifferenzvorrichtungen eine handelsfähige Ware erzeugen, als es der dezentralisierte deutsche Anbau bisher vermocht hat.

Erfolgt wenn es allen gelang, durch energische Selbsthilfemaßnahmen, wie Sorten-Veränderung, Größenstandard, Einheits-Verpackung, Zusammenschluß, Marktebedeutung und Einstellung auf die Wünsche der Verbraucher eine im weitesten Sinne des Wortes handelsfähige Ware in ausreichendem Umfang an dem Markt zu bringen, wird die Konkurrenz des Auslandes mit Erfolg zu bekämpfen sein. Die Voraussetzung für diese Umstellung unserer Landwirtschaft ist allerdings die, daß der Staat der Landwirtschaft auf steuerlichem Gebiete endlich jene Entlastungen gewährt, auf die sie Anspruch hat, und daß ferner für die Landwirt-

schaft sachgemäße Umwidmung und erleichtertes Kapital beschaffung gewährleistet werden. Schutzfälle als Erzeugnisse, die haben noch niemals auf lange Zeit eine durchgreifende Veränderung der inneren Marktverhältnisse herbeiführen können. Sie bergen weiterhin die große Gefahr in sich, daß durch die geforderte Rückerstattung der Handelsverträge in denen gartenbauliche Produkte vertriebsgemäß gebunden sind, eine starke Umkehr in den deutschen Außenhandel hin eingetragen wird. Die Stimmen, die dem Ausland zu erkennen lassen, sind die von Schutzmaßnahmen betroffene Länder wie Holland, Italien, Spanien, Portugal Frankreich usw. zu Gegenmaßnahmen in Form von Boykott Bewegungen gegen deutsche Erzeugnisse entschlossen, die unter allen Umständen im Interesse der schwerkämpfenden deutschen Industrie, die zufolge der gekündigten Kaufverträge des Binnenmarktes mehr denn je auf den Export angewiesen ist, verhindert werden müssen.

## Geheime „Schneifeldkommission“?

Die Beschwerte des Auswärtigen Amtes.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat wegen des Verhaltens der drei französischen Offiziere in Königsberg beim französischen Vorkauf in Berlin schriftliche Beschwerte erhoben.

Aus dem Auswärtigen Amt ist der französischen Botschaft ein Brief zugegangen, in dem das schärfste Befehden der Reichsregierung über das Verhalten der drei französischen Offiziere zum Ausdruck gebracht wird. Sicherem Vertrauen nach hat der französische Vorkäufer daraufhin geantwortet, daß die Offiziere sich nunmehr an die ihnen erteilten Instruktionen halten würden.

Wir bezweifeln keinesfalls, daß die französischen Offiziere sich an die ihnen erteilten Instruktionen halten werden, es fragt sich nur, wie diese Instruktionen lauten und zu welchem Zwecke die Offiziere überhaupt Ostpreußen bereist haben. Wenn es den Tatsachen entspricht, daß die Herren dem französischen Geheimdienst angehören, so ist es unerlässlich, daß sie überhaupt nach Deutschland ein Visum zur Einreise erhalten konnten. Am übrigen wäre es interessant zu erfahren, mit welcher Begründung in Ostpreußen überhaupt ein französisches Konsulat unterhalten wird, das offensichtlich überhaupt nichts zu tun hat. Es kann nur angenommen werden, daß es einen vorgelassenen französischen Beobachtungsstellen darstellt, der eine enge Verbindung mit dem getreuen Militär in Warschau haben soll. Diese Vermutung wird durch den Spionageverfall in Königsberg beinahe zur Gewissheit. Die Mindestforderung Deutschlands wird wohl die sein müssen, daß der Königsberger Konsul fangeit schleunigst abberufen wird, ohne daß sein unrichtiges Verhalten neu befestigt wird, und daß des ferneren die Befragung der schuldigen französischen Offiziere energig verlangt wird, ganz abgesehen davon, daß letztere des Quai d'Orsay eine offizielle Entschuldigung erstoft.

## Es wurden Festungsanlagen fotografiert!

Die den französischen Offizieren in Königsberg abgenommenen Aufnahmen sind nunmehr entwickelt worden. Die Bilder zeigen Festungsanlagen und ferner Truppenabteilungen, die mit einem Gerät üben, dessen Geheimhaltung anderen Staaten gegenüber im Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderlich ist. Die Aufnahmen sind teilweise durch einen Janus hindurch gemacht worden, dessen Aufnahmen auf dem Kaiserhof und nicht etwa auf einem dem Publikum zugänglichen freien Platz.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß jede Zielperson, die bei Handlungen angetroffen würde, wie sie die französischen Offiziere in Königsberg sich haben zueinander kommen lassen, wegen Spionageverdachts festgenommen und der Polizei bzw. dem Gericht übergeben würde. In diesem Zusammenhang muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Offiziere zur Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs gehören.

## Paris ruft die Offiziere aus Ostpreußen zurück.

Auf Anweisung der Pariser Regierung hat die französische Botschaft in Berlin an die in Ostpreußen befindlichen drei Offiziere die telegraphische Aufforderung ergehen lassen, daß sie so schnell wie möglich Ostpreußen und Deutschland verlassen sollen.

## Der Zwischenfall von Königsberg.

Feststellungen von ausländischer Seite.

Berlin, 22. April.

Leber die Königsberger Angelegenheit wird von ausländischer Seite folgendes mitgeteilt: Die Untersuchung der den französischen Offizieren abgenommenen Bilder ist noch nicht beendet. Es sollen Berichterstattungen angefertigt werden, um aus den Einzelheiten festzustellen, ob auf den Bildern geheimhaltende Geräte zu erkennen sind.

Die Bilder zeigen Gebäude der Königsberger Festungsanlagen, während zwei Bilder die abende Truppe (Militär) zeigen. Es ist anzunehmen, daß es sich bei dem Königsberger Fall um einen Grenzfall von Spionage handelt. Sollte jedoch bei näherer Prüfung festgestellt werden, daß tatsächlich Spionage vorliegt, dann würde die deutsche Regierung die Folgen ziehen.

Die Festnahme der französischen Offiziere erfolgte durch einen deutschen Offizier, der dann einen Vertreter der Division hinzuziehen ließ. Dieser vereinigte nach Prüfung der Personalien die Freilassung der Festgenommenen.

Eine Erlaubnis zur Einreise der französischen Offiziere nach Deutschland ist nicht erteilt worden und auch nicht nötig, da die Herren in Jülich saßen.

Es handelte sich nur um die Erstellung des Bilms, das allen nach Deutschland einreisenden Personen gegeben wird. Die französische Botschaft hat nach ein überiges getan und der Reichsregierung mitgeteilt, daß die beiden Offiziere die Schuldfrage in Ostpreußen befechtigen wollten. Es war der Regierung bekannt, daß es sich bei den französischen Offizieren um Mitglieder der französischen Nachrichtenabteilung handelte.

## Nach Polen ausgereift.

Die beiden französischen Geheimdienst-Offiziere, die mit Kapitän de Meryer Königsberg verlassen, sind nach Polen ausgereift. Oberleutnant Roetz und Kommandant Derand trennten sich in Marienburg von de Meryer, der nach Berlin weiterfuhr, und sind nach Dieskau weitergereift.

## Mißstimmung in Warschau.

„Das gute Geschäft der Franzosen.“

Warschau, 22. April.

Die „Gazeta Warszawska“, das führende Blatt der Nationaldemokraten, ist über die Bedingungen der französischen Anleihe zum Ausbau der sogenannten Roblenbahn kritisch — Obingen wenig erbaut.

Das Blatt stellt nämlich fest, daß weder die Inhaber der Obligationen, noch die Gesellschaft irgendein Risiko tragen, sondern daß das ausschließlich dem politischen Staatsstich aufzulegt ist. Ebenfalls fällt die Erneuerung des Überbaues und des Wagenparks während der Dauer der Verpachtung der Bahnlinie der politischen Regierung zu. Nicht einmal auf die Bedingungen der Obligationen hat sich die politische Regierung einen Einfluß haben können.

Das Blatt schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Wir sind prinzipiell Anhänger des Zustusses von ausländischem, zumal von französischem Kapital nach Polen. Wir schätzen desgleichen die Bedeutung der Bahn Schlesien — Obingen genügend ein. Aus diesem Grunde sind wir auch geneigt, die Konzeption der Anleihe nicht aufzutreten, noch ungeachtet der unerhöht schmerzlichen Bedingungen können wir nicht schweigen.“

## Angünstige Wendung.

Sucht Frankreich die Abrüstungskonferenz zu verschleppen? Genf, 22. April.

Der als gutunterrichtet bekannte Pariser Vertriebler des „Journal de Genève“ meldet, die französisch-italienischen Flottenverhandlungen hätten in den letzten Tagen eine derartig unangünstige Wendung genommen, daß gegenwärtig nur noch verhandelt werde, nach außen hin den Eindruck eines offenen Zusammenbruchs zu verhindern. In England werde die öffentliche Meinung bereits auf eine unbefriedigte Vertagung der Flottenverhandlungen mit Frankreich unter Hinweis auf die von den Engländern gemachten Schwierigkeiten vorbereitet.

Damit sei jedoch eine äußerst gefährliche Lage eingetreten, da der Zusammenbruch der Flottenverhandlungen sowie die Angelegenheit der deutsch-österreichischen Zollunion zu einer Gefährdung der Beziehungen zwischen England und Frankreich führen könnten. Falls England und Frankreich sich nicht verständigen, müsse die Abrüstungskonferenz auf 1933 verschoben werden.

## Henderson über das Flottenabkommen.

London, 22. April.

Auf eine Reihe von Fragen im Unterhaus über den Stand der Flottenverhandlungen zwischen Frankreich, Italien und England begünstigte sich der Außenminister Henderson mit der Feststellung, daß zur Zeit ein Ausbruch somit beschliffen sei, Erklärungen zu entwerfen und vorzubereiten, durch die das europäische Abkommen in Kraft gesetzt werden soll.

Henderson fügte hinzu, es bestände keinerlei Grund zu der Auffassung, daß die englische Regierung nicht willens sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Die letzte Zusageung bezog sich auf die vom Quai d'Oran verbreitete Mitteilung, vor in der englischen Presse schon mehrfach widerprochen worden ist, nach der Henderson kein Interesse mehr an einem baldigen Abschluß der Verhandlungen habe.

Die Sachverständigen traten in den späten Nachmittagsstunden zu einer kurzen Erörterung technischer Fragen zusammen.

## Drummond bei Curlius.

Der Generalsekretär des Völkerbundes in Berlin.

Berlin, 22. April.

In den nächsten Tagen wird Sie Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, in Berlin weilen auf dem Reichsankenminister Dr. Curtius, der bei der Maß-

Tagung des Völkervertrates den Vorschlag führen wird, die Tagesordnung besprechen.

Diese Tagesordnung ist von außerordentlicher Wichtigkeit, und sie ist nicht aufzufassen ohne den Ausblick auf die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, zu der der Völkervertrag entscheidende Beschlüsse wird fassen müssen. Die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz kann für ihren Gang Vorbereitung bestimmend werden, und deshalb müssen die normalen und technischen Gesichtspunkte auf das sorgfältigste überdacht werden, damit die politische Seite der Vorbereitung nach Möglichkeit entlastet wird.

Was die Wahl des Ortes für die Abrüstungskonferenz angeht, so ist durch die Vorgänge in Spanien Barcelona unmöglich geworden, und dem Wunsch der englischen Regierung, London zum Konferenzort zu wählen, der an sich das stärkste Eintreten MacDonalds für die Abrüstungskonferenz verankert ist, stellen sich Schwierigkeiten entgegen, die nicht zuletzt von Frankreich ausgehen umgekehrt werden natürlich auch gegen die Wahl eines französischen Ortes Bedenken lauten, und so wird es doch wohl dabei bleiben, daß die Abrüstungskonferenz am Orte des Völkervertrates, in Genf, zusammenzutreten wird.

Für die politische Vorbereitung hat die Ratstagung besonders wichtige Arbeit zu leisten, so den Austausch von Meinungen über den Küstungsstand der einzelnen Länder auf dem Programm der Ratstagung wird weiter der Zusammentritt der europäischen Studentenkommision eine Rolle spielen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Zusammenkunft des Völkervertrates an ihre Aufgabe heran gehen soll.

## Landwirtschaft ohne Rentabilität.

Ein Schreiben an den Reichsernährungsminister.

Bremen, 21. April.

Der Landbund Oldenburg-Bremen beschloß in einer Ausschußsitzung, ein Schreiben an den Reichsernährungsminister Dr. Schiele zu richten, das sich gegen die Agrarpolitik der Regierung wendet. Es wird darin zunächst festgestellt, daß es heute in keinem einzigen der westlichen Agrarländer eine Landwirtschaft mehr eine Rentabilität erzielt. Die Mindestpreise seien unter die Friedenspreise gefallen, eben so die Milchpreise. Für Schweine sei ein Preis von 75 Mark zugelagt worden, der jedoch heute auf Ende der 30er Mark herabgefallen sei. Auf dem ganzen Gebiet der Viehwirtschaft sei man bisher lediglich Verdrängungen vertriebt worden man wolle nun endlich Frieden haben.

„Können Sie“, so heißt es weiter, „Reichsernährungsminister Sie verantworten, daß nun, nachdem die Landwirtschaft in Oden zusammengebrochen ist, auch wir Bauern des Westens zusammenbrechen. Wenn Sie, Herr Reichsernährungsminister, dem wir unter vollem Vertrauen gestanden haben in Reichsministerialmaßnahmen, die Ihnen zu unserer Rettung durch das Ermäßigungsgebot gegeben sind, nicht durchgehen können, so gehen Sie durch Ihren Rücktritt klar erkennen, daß das Reichsministerialamt Bauern nicht helfen will. Wir werden alsdann durch Neuwahlen dafür sorgen, daß man uns nicht untergehen läßt.“

## Das Volksbegehren durchgegangen.

Erforderliche Mindestzahl erheblich überschritten.

Das Bundesamt des Stahlschlamm erklärt, daß nach seinen bisherigen Feststellungen das Volksbegehren durchgegangen ist. Die Eintragungen für das Volksbegehren hätten die für das Gelingen erforderliche Mindestzahl von 5,22 Millionen weit überschritten. Benutzere Jagdenmeldungen werden erst morgen abend folgen können.

## Nach dem Volksbegehren.

Der weitere Gang des Verfahrens.

Nachdem so das dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetz die erforderliche Unterzeichnung gefunden hat, geht das Gesetz dem Reichspräsidenten Landtag zur Zustimmung zu. Der Reichspräsident ist in seiner Entscheidung frei, d. h. er kann die Zustimmung beschließen oder auch ablehnen. Beinhaltet der Landtag die Zustimmung, dann muß der preussische Ministerpräsident das Gesetz über die Landtagsauflösung im Wege des Volksentscheides nochmals den Wählern unterbreiten. In Berlin ist es sich nicht als das Gesetz als angenommen man mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten — das sind etwa 13 Millionen Wähler — für die Landtagsauflösung abstimmten haben. Mit der Beibehaltung

der Entscheidung des Volksentscheides — du Annahme vorausgesetzt — gilt der Landtag dann als aufgelöst, so daß Neuwahlen zu erfolgen hätten.

Politisch bedeutsam ist zunächst die Stellungnahme, die der Landtag selbst zu der Frage der Auflösung einnimmt wird. Bereits vor einigen Tagen erklärte er gegen eine geplante Vorbereitung der im Frühjahr 1932 folgenden Landtagsauflösung auf den Verhieb. Diese Erklärung ist zwar inhaltlich demontiert worden, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß nicht schließlich doch noch die Anhänger einer baldigen Neuwahl die Oberhand gewinnen.

## Die Lage in Spanien.

Scharfe Maßnahmen der Regierung.

Madrid, 22. April.

In Barcelona überließen Syndikalisten mehrere Führer der freien Gewerkschaften; zwei der Überfallenen erlitten harte Verletzungen.

Der Ministerrat beschloß eine allgemeine Demonstration, monoch alle Arbeiterhöfe für ins überführten Gelehrer sofort jurisdizieren seien, widrigenfalls die Besizer scharfe Maßnahmen der Regierung zu erwarten hätten. Die Regierung beschloß ferner, die Lagerarbeiter, die Unteroffiziere und die Soldaten von der Einkommensteuer zu befreien. Auf Grund von Disziplinlosigkeit bei den Marinemannschaften in Cartagena und der Fliegertruppe in Madrid ordnete die Regierung allgemein strenge Maßnahmen an zur Unterdrückung von Meutereien.

Die Rechtspresse wiederholte ihre Hinweis darauf, daß die meisten Gemeinden, die bei den letzten Wahlen eine monarchistische Stimmenmehrheit aufwiesen, jetzt von den Republikanern erobert worden sind und fordert die sofortige Einsetzung der gewählten Gemeinderäte, auch wenn diese monarchistisch seien.

## König Alfons von Paris nach London abgereist

König Alfons ist unter dem Namen eines Herzogs von Toledo am Dienstagmorgen nach London abgereist. Der König benutzte die Eisenbahn, London fährt bis Calais in Kurlungen. Der Infant Don Juan trifft am Mittwoch in Paris ein, um den nächsten Antritt bei dem Kaiser. Kaiser ebenfalls nach London zu gehen, wo er sein militärische Ausbildung erhalten soll.

Der neuernannte Gouverneur der Bank von Spanien ist ein französischer Pressevertreter gegenüber erklärt, daß er persönlich für die Stabilisierung der spanischen Währung eintrete.

## Um die Anerkennung Deutschlands.

In einem Teil der Presse ist die Reichsregierung gefragt worden, warum sie die neue republikanische Regierung in Spanien noch nicht anerkannt habe. Dazu wird von der zuständigen Stelle folgendes mitgeteilt:

Zunächst liege die technische Schwierigkeit vor, daß sich Reichsaußenminister Dr. Curtius noch nicht in Berlin befindet. Ferner ist die Angelegenheit insofern nicht ganz einfach, weil die neue spanische Regierung eine vorläufige Regierung ist, die ihre Mandatsurteile noch von der alten Regierung ableitet. Faktisch liegt auch nur eine Abwesenheit der Königs von Spanien vor. Nach dem Ergebnis der bisherigen Untersuchungen dürften neue Beglaubigungsschreiben für die in Madrid akkreditierten diplomatischen Vertreter nicht notwendig sein.

Die Angelegenheit mit der Anerkennung eilt daher nicht so. Daß Frankreich als einzige Großmacht bisher die neue Regierung anerkannt hat, dürfte keine besonderen Gründe haben. Der deutsche Völkervertrag amtiert nach wie vor, und die Beziehungen Deutschlands zu Spanien sind die bisher besten wie früher.

## Dr. Sahn vor dem Stadtparlament.

Die Einführung des Oberbürgermeisters in Berlin.

Das Berliner Rathaus hatte einen großen Tag. Die Tribünen des Hauses waren überfüllt. Das Stadtparlament war zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um das neue Oberhaupt und die neuen Mitglieder des Stadtparlaments zu begrüßen. Stadteroberster vordrängte, daß dies in seiner Begrüßungsansprache auf die schwierigen Berliner Verhältnisse hin, besonders auf die schwierige Finanzlage, die durch die Völkerver-

tragspflicht bedingt wäre. Anschließend nahm Dr. Sahn das Wort, um zu den nächsten Helden und Aufgaben der künftigen Verwaltung sich zu äußern.

Dr. Sahn dankte für das Vertrauen der Stadtverordneten; er sagte zu, daß Amt überparteilich zum Wohle der Allgemeinheit zu verwalten. Die größte Sorge werde er den Finanzen zuwenden. Größte Sparmaßnahme sei notwendig. Die großen Probleme könnten aber nur gemeinert werden in gemeinsamer Arbeit.

Es gilt zunächst, die aufgenommenen schwebenden Schulden zu konsolidieren und, was nicht minder wichtig ist, das Entschieden neuer Schulden zu verhindern. Vor allem muß äußerste Sparmaßnahme wahren. Das Kontrollrecht und die Kontrollpflicht wirksam zu gestalten, wird sicherlich eine wichtige Aufgabe für die nächste Zukunft sein. Lassen Sie mich noch mit einem Wort auf die Stellung Berlins

als Reichshauptstadt und als Hauptstadt des Freistaates Preußen eingehen. Ich bin fest entschlossen, bei jeder Richtung hin die Stellung zu wahren, die der Stadt Berlin nach außen und nach innen als Hauptstadt zukommt. Ich bin der Überzeugung, daß Reichs- und Staatsregierung in gleicher Weise daran interessiert sind.

Für die Durchführung meines Programms erbitte ich mir Ihr Vertrauen und Ihre Mitarbeit von jetzt an. Ich bin der Überzeugung, daß Sie mit mir zusammenarbeiten werden, um die Aufgaben der Stadt Berlin und zum Wohle des deutschen Vaterlandes!

Die Rede des neuen Oberbürgermeisters wurde wiederholt von starkem Beifall unterbrochen.

## Deutsche Tagesfrühe.

Regierungsmaßnahmen gegen Brotpreiserhöhungen?

Ministerialrat mitgeteilt: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat, sobald es von der beabsichtigten Brotpreiserhöhung in Berlin Kenntnis erhielt, mit den beteiligten Wirtschaftsstellen über Mittel und Wege beraten, den unerwünschten Folgen dieser Erhöhung zu begegnen. Es ist eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen worden. Die hierzu erforderlichen Vorbereitungen werden bereits in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Die Bestimmungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind darauf gerichtet, der Bevölkerung ein gesundes und vollwertiges Brot zu den bisherigen Preisen zu Verfügung zu stellen.

## von Seekt 65 Jahre alt.

Generaloberst von Seekt wird am 22. April 65 Jahre alt.

Hans von Seekt wurde in Schleswig als Sohn des späteren Generals der Infanterie geboren. Besuchte die Gymnasien zu Detmold und Straßburg und begann seine militärische Laufbahn im Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiment. Bei Kriegsausbruch befand er sich in der Rang eines Oberleutnants und rückte mit der Armee nach ins Feld zum an den Operationen bei Solms teil und bereitete unter Oberst und Chef des Stabes der 11. Armee unter anderem den Feldzug in Galizien und Russland vor. Er erzielte erfolgreiche Durchbruchschlacht bei Gorlice im Mai 1917 wurde er zum Generalmajor befördert. Späterhin nahm er an leibender Stellung am Feldzug gegen Serbien und Rumänien teil und wurde schließlich Chef des Generalstabes der türkischen Armee, deren Kräfte er mit den jüngeren deutschen Streitkräften nicht mehr zu hinterzuziehen konnte.

Nach der Revolution war von Seekt zunächst Generalstabeschef beim Grenadierregiment in Oden, nahm dann als Leiter des Truppenamtes im Reichswehrministerium an den Friedensverhandlungen in Versailles teil und trat 1920 nach dem Kampfrücktritt an Stelle des Generals von Sittwitz an die Spitze des Reichsheeres. Seine erste Aufgabe war die Erneuerung des von Versailles vorgeschriebenen Stabes von 100 000 Mann zurückzuführen. Während des Hilterputsches 1923 wurde ihm von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert die höchste polizeiliche Gewalt übertragen. Auf Grund seiner Kenntnisse im Zusammenhang mit der Teilnahme eines Kronprinzen Sohnes an einer Mordtat wurde er am 9. Oktober 1926 Seekt's Nachfolger.

Generaloberst von Seekt ist seit 1929 Präsident der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft und seit September 1930 Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei.

## UNERSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

24. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Frau Bertold, die noch ziemlich jugendliche Gattin des praestierenden Arztes, hörte geduldig Frau Franzens Klagen an. Ein mutwilliges Lächeln umspielte ihren Mund, denn sie kannte die geheimen Hoffnungen, welche die würdige Dame an die Wesen des allgemein beliebten Faktors geknüpft hatte. Aufmunternd lag sie zu Maria hinüber, denn die junge Frau gefiel ihr, und auch Maria fühlte sich zu der Frau des Arztes am meisten geneigt.

Eine Weile noch hielt sie den aufzunehmenden Fragen und kritischen Bemerkungen stand; dann erklärte sie, nach Hause zu müssen, da Hanschen gewohnt sei, von ihr zu Bett gebracht zu werden.

Als sie gegangen war, erhob sich ein wahrer Sturm der widerstrebenden Meinungen. Die wirklich jungen Mädchen fanden sie „einfach hübsch“ und „interessant“, während die älteren „jungen Damen“ fast mit den meisten Mäthern darin übereinstimmten, daß sie „nicht in die Gesellschaft passe“. Herr Frau Dr. Lantienhäger und die Apothekerin ergreifen die Partei Marias und waren der Meinung, daß sie sich schon noch machen würde.“ Frau Dr. Bertold hielt sich dem ganzen Streite fern. Ueber ihr lugendes Gesicht lagte ein Lächeln, als sie sich über ihre Handarbeit beugte, und sie nahm sich vor, Frau Krüvis gleich morgen einen Besuch abzustatten.

Maria ging langsam durch die stillen Straßen des Städtchens. In ihr irrten die verschiedensten Gefühle. Ein letztes Frauen wollte in ihr aufsteigen bei dem Gedanken, in dieser Späthure ihr ganzes zukünftiges Leben zubringen zu müssen. Doch schnell unterdrückte sie diese Empfindung. Ihr Sinn für Humor erwachte und sie sah plötzlich alles in einem anderen Licht. Und schließlich konnte sie sich ihren nächsten Besuch zu ausrichten. Da war zum Beispiel die junge Frau Dr. Bertold, die ihr recht gut gefiel.

Unter diesen Gedanken war sie zu Hause angelangt. Ihr Gatte lag an seinem Schreibtische und sah sie beinahe ängstlich forschend an.

„Du hast wohl Sorge, daß ich nicht blamiert und Verträge gegen das Zeremoniell begangen habe?“ fragte sie lachend.

„Erleichtert finde ich in ihrer Feiertage ein. „Nein; aber ich fürchte, du bist dir nach deinen ersten gesellschaftlichen Erfahrungen das Leben hier unerträglich erscheinen würde.“

„Ach, im Gegenteil! Ich hoffe sogar sehr stark, mich schnell zu assimilieren; sogar Striden habe ich schon gelernt.“ sagte sie lachend. „Doch ich sehe, du hast noch zu arbeiten. Ich will dich aber nicht weiter stören und werde Hanschen ins Bett bringen.“

Gleich am anderen Tage wurde Maria durch den Besuch der Frau Bertold überrascht, und der sympathische Eindruck, den sie bereits gefahren von ihr empfunden hatte, verstärkte sich noch. Der Dame war es ähnlich ergangen wie ihr selbst. Durch die Heirat mit dem Arzt war sie aus der Vaterstadt Berlin in das kleine Reich verlagert worden.

„Ich verführe Sie“, plauderte die kleine, muntere Frau, „wenn man sich erst ein wenig an die Wohnverhältnisse gewöhnt hat, gefüllt es einem ganz gut hier. Man plaudert mit, hat Lust mit und trübt sich; wie Sie auch fernerweil bereits gefahren angefangen haben, und denn schließlich gar nicht mehr daran, daß es auch anders sein könnte, zumal wenn man durch den Beruf des Mannes gezwungen ist, ganz kleine man zum Spiel zu machen. Andererseits finde ich es ja auch berechtigt, wenn eine Dame, wie zum Beispiel Frau von Werner, die nicht nötig hat, irgendwelche Konventionen zu machen, sich von der Gesellschaft hier fernhält.“

Maria nickte. Ja, alle hatte sich das Leben hier einrichten können, wie es ihr beliebte. Da war es noch erträglich gewesen; aber sie — nein, nein, daran wollte sie nicht denken. Nur sie nicht unterbreiten lassen Sie kleine, liebenswürdige Dame da vor ihr hatte gefahren recht und war

weltlicher als sie selbst. An ihr wollte sie sich ein Muster nehmen.

„Sie haben gewiß recht, gnädige Frau,“ sagte sie lächelnd. „Man gewöhnt sich schließlich an alles. Aber ich hätte nicht übel Lust, mir Ihre Erfahrungen zumut zu machen und Sie zu bitten, mir die nötigen Winke zu geben, wie ich am wenigsten gegen die hier üblichen gesellschaftlichen Regeln verstoße.“

„Sehen Sie, das ist gesehnt!“ entgegnete Frau Bertold munter. „Ich hätte Ihnen ja gerne einige Winke sagen geben; ich fürchte nur, mich in Ihren Augen auf eine Stufe mit der Frau Apothekerin und der Frau Volkmeier zu stellen, die Ihnen gegen ihren Rat aufdrängen, weil nach ihrer Ansicht eine junge Hausfrau wie Sie alles und jedes mit Dank akzeptieren muß. Ich habe Sie übrigens wirklich bewundert, mit welcher Ruhe und Gelassenheit Sie die Vorbereitung über sich ergehen ließen. Ich habe mich letzterzeit energisch dagegen aufgelehnt; sehr zu meinem eigenen Schaden, denn schließlich habe ich doch nachgeben müssen, wenn ich nicht die Praxis meines Mannes hier gefährden wollte.“

Maria lachte leicht und sagte mit einer Art Gelassenheit: „Alles, Sie werden mir sagen, welche Einladungen ich unbedingt annehmen muß, welche ich ausfallen kann und wann ich meinen ersten Kaffe gehen darf.“

„Und so weiter, und so weiter,“ unterbrach sie Frau Dr. Bertold lachend. „Alles lassen. Sie von mir erlösen und ich werde es so gnädig als möglich mit Ihnen machen.“

Walter Krüvis war soeben nach Hause gekommen und trat einen Augenblick zu den Damen ins Zimmer, um Frau Dr. Bertold, die auch ihm immer besonders angenehm gewesen, zu begrüßen.

„Ich werde ich von nun an Ihre Frau Gemahlin unter meine schwebenden Fittiche nehmen und sie ungeachtet durch die Klappen unseres kleinbürgerlichen Lebens bugarien,“ lachte ihm die kleine, muntere Frau entgegen.

„Ihre Frohsinn würde anstößend der Pastor lachte. „Dafür werden Sie Ihnen umso dankbarer sein, als ich selbst gar kein Talent dazu besitze.“

(Fortsetzung folgt.)

# Aus der Heimat und dem Reich.

Kemba, den 22. April 1931

\* Für das Volksbegehren „Landtagsauslösung“ sind in der Stadt Kemba 654 Unterschriften abgegeben worden. Alle Unterschriften sind gültig.

Ferner trugen sich ein in:

Heuden	97	Wahlberechtigte
Gnieff	35	"
Goditz	98	"
Rotta	119	"
Gommla	100	"
Wieritz	53	"
Zubatz	47	"

\* Auf die Missionsveranstaltungen am nächsten Sonntag, im Hauptgottesdienst Missionspredigt und abends in der Weintraube Missionsvortrag des Herrn Pastors Wolf aus Wilsleben, wollen wir auch an dieser Stelle mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung hin. (Siehe Anzeige in unierer Zeitung)

\* Wiedereröffnung des Hof-Inf.-Regt. 72. Am 3. Mai findet in Wittenberg (Schumanns-Garten, Xenodochs 11) ein Wiedereröffnungsfest statt, an dem auch der ehem. Regimentskommandeur, Gen.-Major a. D. Spahn, teilnehmen wird. Alle Regimentsangehörige werden zur Teilnahme eingeladen.

Bergwitz. Bitteres Leid kam am Sonntag über die Ernst Brauß'sche Familie. Der 31-jährige Sohn fiel in ein neben dem Ofen stehendes Gefäß mit kochendem Wasser und verbrühte sich dermaßen schwer, daß er in das Paul Gerhardt-Stift in Wittenberg überführt werden mußte. Gestern nachmittag ist der kleine Karl seinen Verletzungen erlegen.

Colpa. Scheunenbrand. Vorgestern abend brach kurz nach 10 Uhr in der Scheune des Gasthofs Noa hierelbst Feuer aus. Sofort eilten die durch die Strenge der Elektroenergie alarmierten freiwilligen Feuerwehren von Colpa, Pflaumitz und Großschluga herbei und unter angelegentlicher Tätigkeit gelang es nach halb, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Ertragbar brannte die Scheune vollständig aus. Ein Teil der Grundmauern wurde ebenfalls durch den Brand eingestürzt. Glücklicherweise gelang es den Feuerwehren, den angrenzenden Saal, in welchen gerade ein Zuspängerinnen abgehakt wurde, vor Feuer zu sichern. Selbstverständlich wurde sofort das Vergnügen abgebrochen. Ueber die Entstehung der Ursache wird Näheres die Untersuchung ergeben. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

Verbrechungsfrage der Bürgerfeier in Delitzsch?

Delitzsch. Der Etat der Stadt Delitzsch für das Rechnungsjahr 1931/32 weist einen Fehlbetrag von 102 000 Mark auf. Dieser soll nach dem Vorschlag des Finanzregimenters durch Erhebung des dreifachen Betrages der geleisteten Bürgersteuer sowie durch Verdoppelung der Biersteuer gedeckt werden. Eine Mehrheit hat sich in Magistrat für diesen Vorschlag nicht gefunden. Bei der Realisierung muß, da sie über dem Bundesdurchschnitt liegen eine Senkung eintreten. Es sind angelegt die Gewerbesteuer mit 500 (bisher 700), die Gewerbesteuer mit 1640 (2200) und die Grundbesitzsteuer vom am bebauten Besitz mit 200 (250) Prozent. Wie sich die Stadt verordnen zu diesen Vorschlägen stellen werden, steht noch dahin.

Landkreisvertragsprozeß in Staßfurt.

Staßfurt. Vor dem Erweiterten Schöffengericht begann am Montag ein Landfriedensbruchprozeß. Angeklagt ist 23 der kommunalistischen Partei angehörende über nahelebende Personen, darunter auch ein inoffizieller Amt suspendierter Stadtrat Sautl. Den Angeklagten wird vorgeworfen, am 23. Februar dem sogenannten Weltenerwerbsspektakel nach einer Gewerkschaftsdemonstration einen Reichsbannerzug, der von einer Verdammung kam, überfallen zu haben.

Ablehnung des Merseburger Kreisrats?

Merseburg. Gleich zu Beginn der Dienstag-Sitzung des Kreisrats gaben die Abgeordneten der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei die Erklärung ab, daß sie angesichts der schmerzlichen finanziellen Lage und der Unmöglichkeit, wie sich die Kreisförmigkeit Dürrenberg auswirken werde, nicht in der Lage seien, die Verantwortung für den ungedeckten Fehlbetrag zu übernehmen, der bereits die Höhe von 1 350 000 Mark erreicht hat.

Auf Grund dieser Erklärung der bürgerlichen Vertreter ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß bei der Kreisrat abgelehnt werden wird.

Gegen das Berechnungswesen.

Halle. Der Verband ehemaliger Mittelständler hier hielt in Halle seinen Provinzialverbandstag ab. Verbandsvorsitzender Bork, Halle, kennzeichnete in seiner Begrüßung

die Ziele des Verbandes. Hauptziel gälte der Kampf dem überhandnehmenden Berechnungswesen. Dadurch, daß heute vielfach in den praktischen Berufen das Rechner verlangt werde, werde der Zweck der Mittelschulen vollkommen in den Hintergrund gestellt. Man könne deshalb nicht genug für die Volkstauglichkeit der Mittelschulbildung einstreuen.

Der nächste Verbandstag soll in Wschersleben stattfinden.

Lohnabbau in der chemischen Industrie.

Im Schlichtungsausschuß der chemischen Industrie für Provinz Sachsen und den Freistaaten Anhalt und Thüringen ist ein Schlichtungsbescheid gefaßt worden, der einen Abbau der Stundenlöhne um vier Pfennig in der Spitze bestimmt.

Die Lohnstufen vom Jahre 1928 für die chemische Industrie und die Gummiindustrie werden mit Wirkung vom 20. April wieder in Kraft gesetzt und können mit vierwöchigen Fristen ermalig zum 31. Oktober gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft für beide Vertragsparteien bis zum 25. April.

Am die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau.

Die Verhandlungen über eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurden gestern in Halle fortgesetzt. Hierbei konnte ein gewisses Maß von Verständigung zwischen der verhandelnden Parteien erzielt werden. Bei der Bedeutung und der Schwierigkeit der zu regelnden Fragen war es in diesem noch nicht möglich, die Verhandlungen endgültig zum Abschluß zu bringen. Sie werden voraussichtlich nächster Montag fortgesetzt.

Der Schlichtungsprozeß im mitteldeutschen Bauarbeiterstreik.

Schlichtungsprozeß Lohnabbau.

Das Tarifamt hatte fälle im Lohnsticht des Bauarbeiterstreiks einen Schlichtungsprozeß, der für die Provinz Sachsen und Anhalt eine Kürzung der Löhne von 10,1 Prozent in der Sonderklasse Halle und in den übrigen Klassen prozentual in der gleichen Höhe bringt. Der Schlichtungsprozeß ist mit qualifizierter Mehrheit zustande gekommen und daher bindend. Nachschlungen für die laufende Zeit vor dem 16. April 1931 werden durchgeführt, wo entsprechende Vereinbarungen geschlossen waren. Die Arbeitsverträge gelten mit Wirkung der Vereinbarung als beendet. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen; Maßregelungen sind nicht statf.

Leipzig. Der Landesverband Sachsen des Sparerbundes hielt in Leipzig seine Jahresversammlung ab, zu der Vertreter von weit über 100 sächsischen Ortsgruppen erschienen waren. Die Tagung sollte sich besonders mit den eingehendsten Vorträgen über die Sparbewegung in Sachsen unter Betonung der Garantiepflicht der Gemeinden. Die Stellungnahme der Regierung der Gemeinden und der Kreditbrieftaufwertung wurde scharf kritisiert. Die Gegenpartei gegen eine in die laufende Zeit vor dem 16. April 1931 werden durchgeführt, wo entsprechende Vereinbarungen geschlossen waren. Die Arbeitsverträge gelten mit Wirkung der Vereinbarung als beendet. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen; Maßregelungen sind nicht statf.

Leipzig. Der Landesverband Sachsen des Sparerbundes hielt in Leipzig seine Jahresversammlung ab, zu der Vertreter von weit über 100 sächsischen Ortsgruppen erschienen waren. Die Tagung sollte sich besonders mit den eingehendsten Vorträgen über die Sparbewegung in Sachsen unter Betonung der Garantiepflicht der Gemeinden. Die Stellungnahme der Regierung der Gemeinden und der Kreditbrieftaufwertung wurde scharf kritisiert. Die Gegenpartei gegen eine in die laufende Zeit vor dem 16. April 1931 werden durchgeführt, wo entsprechende Vereinbarungen geschlossen waren. Die Arbeitsverträge gelten mit Wirkung der Vereinbarung als beendet. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen; Maßregelungen sind nicht statf.

Die Annälle gegen Gebührensprecherziehung.

Leipzig. Im Mittelpunkt der 27. Abgeordnetenversammlung des Deutschen Annalvereins stand die Frage der Berechtigung der Annalvereine für die sogenannten Berechtigungsstellen. Angesichts der Vorlage der Annalvereine stellte sich die Verammlung auf den Standpunkt, daß es unmöglich sei, die Gebühren herabzusetzen, die das Mindestmaß dessen darstellen, worauf der Annalverand tracht seiner Bestehen und seiner Verantwortung Anspruch habe.

Wutzen. Eine Banneile um das Rathaus Da Anstellungen politischer Art vor dem Stadthaus wie verholzt zu Aufgehörungen und Zwischenfällen geführt haben sind durch Polizeivorordnungen Anstellungen vor dem Stadthaus und auf den angrenzenden Straßen und Plätzen verboten worden.

Nach kein verfallenes Brot für Fürsorgeempänger. Leipzig. Die Verhandlungen zwischen dem Rat und der Bäckereiverwaltung wegen des Brotpreises für die Fürsorgeempänger hat zu keinem Ergebnis geführt. Es wurde daraufhin beschloßen, nicht weiter zu verhandeln. Bürgermeister Dr. Böber soll aber die Zulieferung gegeben haben daß die Schwierigkeiten beseitigt werden.

Verbotene Erwerbslosenunterbringung.

Leipzig. Für heute waren Erwerbslosenversammlungen und Demonstrationen geplant. Das Polizeipräsidium hat diese Demonstrationen auf Grund der Vorverordnungen zur Verhütung rabiatler Exzesse verboten.

Leipzig. Der Polizei gestellt. — Reichsbahnaffiliert Holzweiger, der aus der Stationskassa eines Leipziger Bahnhofs rund 15 000 Mark zur Abdeckung zahlreicher Wirtschaften unterschlagen hatte, und fälschlich geworden war, hat sich jetzt der Polizei gestellt. Seine ganz Barthaft bestand in 40 Pfund Holzweiger, der das Geld wieder reiflos verwertet haben scheint, wurde in Haft genommen.

Bürgermeister von der Luft zurück.

Witten b. Leipzig. Bürgermeister Gräbner, dessen Amt bei Nacht und Nebel unjomehr Aufsehen erregt hatte als bei der daraufhin sofort vorgenommenen Revision der Gemeindefasse ein Fehlbetrag von 6000 Mark festgestelt worden war, hat sich jetzt der Polizei gestellt und ist bereits der Staatsanwaltschaft zugeführt worden.

Im sächsischen Schulwesen wird gefahrt.

Eine Verordnung des Volksbildungsministeriums. Dresden. Unter dem Zwange, die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung wegen der Finanznot bis zum äußersten Maß einzudämmen, muß nach einer Verordnung des Sächsischen Volksbildungsministeriums auch der Aufwand für das Schulwesen in die gleiche Linie gezogen werden. Der Verordnungsgegenstand ist die durch Vermehrung jeder Erhöhung des Wochenfundenbedarfs der Schulen und jeder Vermehrung der Lehrkräfte; jeder planmäßige Anpaßung der Klassenbesetzung und der Bildung von Abteilungen und Gabelungen an die bestehenden Grundzüge auch unter Preisgabe der Einflüßelberung, durch engere Verbindung und Zusammenarbeit der verschiedenen Schulrichtungen einer Gemeinde, durch weitestgehende Ausnutzung vorhandener Schulräume und durch äußerste Sparsamkeit bei Schulbauten, durch Einschränkung der sachlichen Ausgaben für die Unterrichtsverwaltung aus dem unbedingten Notwendigkeit und durch Einschränkung des Aufwands für die Leitung und Verwaltung der Schulen und für alle sonstigen Schulbedürfnisse.

Jena. Am Sonntag hielt der Reichsbund der Kriegsveteranen in Jena ab, an dem 10 000 bis 12 000 Kriegsveteranen und Kriegserfahrene teilnahmen. Zur dem Weltkrieg erfolgte ein Aufmarsch. Es wurde eine Ehrentafel angenommen, in der gegen einen weiteren Abbau der materiellen Rechte der Kriegsveteranen scharfe Verordnungen angelegt wird. Dem Reichstage wurde zugewandt: „Lass ich von deinem Vorhaben, dem Rentenabbau Gefalle das Los der Kriegsveteranen erträglich und fürge nicht weiten hunderttausende Kriegsveteranen und Kriegserfahrene weiter ins Elend!“

Wenn der gekämte Pfennig fehlt!

Da ist man oft an ganz unangenehmer Stelle gezwungen. Man verlangt auf die Rückzahlung eines einzelnen Pfennigs, wenn irgendwo im Kaufhaus die Rechnung nicht gerade 49 statt 50 Pfennige beträgt. Der Pfennig macht mich nicht glücklich! sagt man mit Ökonomie und geht davon. Abgesehen davon, daß viele Pfennige auch ein wenig ausmachen, daß man sich im Laufe des Jahres für viele angelaufenen Pfennige manche Kleinigkeit erwerben kann, manchmal fehlt einem ein einziger Pfennig. An der Praxis gibt es Fälle, in denen sich der Verlust eines einzigen Pfennigs zuweilen verhängnisvoll auswirken kann speziell jetzt, da die Pfennigrechnung doch wieder offiziell eingeführt worden ist. An der Bahn gibt man eine Pfennigzahlung und der Schaffner kann sie nicht nachsehen. Man steigt in die Kleinbahn und siehe da, es scheint zu gehen. Aber ausgerechnet ein Pfennig fehlt zur Begleichung des Fahrpreises. Der Schaffner wird sich wohl bitten, um den Pfennig zu löshenen, denn er würde auf die Dauer dabei ein armer Mann werden. Was bleibt einem übrig, als auszusuchen und erst irgenwom den Schen einzuwerfen und, dann auf dem Geschäftsweg möchte man sich schnell noch eine Zeitung kaufen. Das muß so im Vorübergehen geschehen, weil morgens jede einzelne Minute mit Geldschind gestellt ist. Wieder hat man ausgerechnet nur großes Geld, und an dem Zeitungsstempel fehlt uns ausgerechnet ein Pfennig. Für zehn Pfennig kann man an der nächsten Ecke ein Sträußchen mit Schneeglöckchen erwerben, mit dem man vielleicht eine kleine Freude machen kann, aber man kann nicht handeln, nur weil einem ausgerechnet der ein Pfennig fehlt, den man noch gestern beim Krämer verschluckt hat. Durch diesen fehlenden Pfennig hat man jetzt drei Personen geschädigt. Erstens einmwerfen zweitens den Händler, dem man nichts abstaufen konnte und drittens denjenigen, der dadurch um eine billige, gut gemeinte Freude gekommen ist. Wer den Pfennig vermisst, beweist, daß er sehr schlecht taufmännisch denken kann. Jeden Tag nur einen einzigen Pfennig vermisst man nicht im Jahre 365 Mark. Das ist noch weiter ein kleines Vermögen, davon kann man sich einen ganzen Tag lang gut und gern ernähren. Eltern wir es den Kindern nach, sie hinter jedem Pfennig her sind, und die plötzlich ein lächliches Sämmchen beieinander haben, wenn sie ihre Sparbüchse zu Weihnachten oder zu der großen Ferien öffnen!

Durch Sparen gewinnen!  
Jetzt schweres Beginnen!  
Jedoch wird es leicht  
Auch heut' noch erreicht,  
Hat man erst heraus,  
Das Rechte fürs Haus!

Hat man „Sanella“, die gehaltreiche und sparsame Margarine, im Hause, dann kann man jederzeit billige, nahrhafte Speisen bereiten, die ganz vorzüglich schmecken.

**Sanella**  
MARGARINE  
DIE FEINE  
PREISWERT WIE KEINE  
35<sup>8</sup>  
das 1/2 Pfund

**Sport.** Am vergangenen Sonntag fand bei mit großem Interesse erwarteter Fußballkampf zwischen Polizeisportverein 1 Wittenberg und M.-L.-W. Kemberg statt. Das Spiel war um 3 Uhr feierlich konnte aber infolge des Regens erst 1/2 Uhr beginnen. Bewunderung und Anerkennung verdienen die zahlreichen Zuschauer welche fast halb 3 Uhr auf das Spiel warteten; sie sollten aber auch nicht enttäuscht werden. Nach Anpfiff entwickelte sich sofort ein scharfes Spiel, welches aber immer in der Grenze des Erlaubten blieb. Es gab auf beiden Seiten reichlich spannende Momente und gute Leistungen zu sehen, jedoch die Zuschauer voll und ganz auf ihre Köpfe fassen. Halbzeit: 1:1. Leiber konnten die Kemberger nach dem Seitenwechsel nur noch mit 9 Mann das Spiel fortsetzen, da der Mittelfürmer infolge Verursachung nicht weiter spielen konnte und der linke Verteidiger seiner alten Verletzung wegen nur als Statist mitwirkte. Nach der Pause konnte sogar Kemberg mit 3:2 in Führung gehen, was aber nicht lange anhielt. Man merkte es den Kembergern an, daß sie 2 Stunden vorher trainiert hatten und daher nicht mehr im Besitz ihrer vollen Kräfte waren. Trotz heftiger Gegenwehr konnte der Polizeisportverein mit 6:3 als Sieger aus dem sehr interessanten Spiel hervorgehen. Ein großer Erfolg ist es

für die Unfrigen trotz der Niederlage doch, stehen doch die Wittenberger an führender Stelle in der II. Klasse im Mittelbegriff. — Die II. Mannschaft weilt in Schmiedeberg und konnte gegen die dortige II. Mannschaft nach einem vollständig überlegenen Spiel einen schönen 6:1 Sieg mit nach Hause nehmen. Halbzeit 2:1. — Die Schülermannschaft konnte leider nicht spielen da die Schmiedeberger infolge des schlechten Wetters nicht erschienen waren.

**Gewinnbringende Federichbekämpfung.**

Federich und Weizenfliegen sollten allgemein und überall mit allen Mitteln bekämpft werden. Denn diese lästigen Insekten schädigen die Wirtschaft und können den Landwirt ganz um den Erfolg seiner schweren Arbeit bringen. Wo im Sommergetreidefeld sind nicht selten bis 1000 Federichpflanzen und mehr zu finden, die mit den Naturkräften bei dem Kampf ums Dasein in schärfsten Wettbewerb treten, wenn sie nicht möglich nach ihrem Erscheinen vernichtet werden. Schwere Ernteabgang, Minderung der Körnerqualität bzw. des Strohwertes und vor allem ganz empfindliche Ertragsausfälle sind die Folgen unzeitiger Insektenbekämpfung. Es kann nicht genug gesagt sein, daß der Landwirt in der heutigen Notzeit jede Möglichkeit ausnützen muß, die geeignet ist, die Ertragsausfälle pro Hektar entgegen zu vermindern und dadurch die Einkünfte zu erhöhen. Die Federichbekämpfung mit ungelöstem Kalziumchlorid ist ein vorzügliches Mittel, diese Verwüstungen des Landwirtes zu unterbinden. Der in einer Dose

von etwa 150 kg ha im ersten Entwicklungsstadium des Federichs auf die taunassen oder regenfeuchten Saaten gestreute Kalziumchlorid vernichtet diesen und manches andere Insekt und führt den Saaten gleichzeitig kostvermeindlichen Schutz zu. Durch eine Mahngabe der Düngung wird also die Insektenvernichtung erreicht.

Die Federichbekämpfung mit Kalziumchlorid ist bei dieser Sachlage geradezu kostenlos. Der Stidstoff im Kalziumchlorid wird zudem von den Unkräutern befreiten Saaten bei entsprechenden Verhältnisse verdünnter vorzüglich ausgenutzt. Die eingehende Verlesung, welche in Folge der Qualität der Körner durch feine Federichbekämpfung mit Kalziumchlorid nur geringfügig beeinflusst. So fällt z. B. Saatgutinspektor Marianne-Friedrich (Niederlausitz) bei seinen im vorigen Jahre durchgeführten Federichbekämpfungsversuchen in Folge der mit Kalziumchlorid behandelten Verlesungsreihen ganz beträchtliche Steigerungen des 1000-Körnergewichtes gegenüber den unbehandelten Proben fest.

Wes diesen Ausführungen folgt, daß die Federichbekämpfung mit Kalziumchlorid eine wirtschaftliche Maßnahme von besonders günstiger Auswirkung auf den Betriebserfolg ist. Das bestens bewährte Verfahren dieser Federichbekämpfung bietet somit Gewinnmöglichkeiten, die jeder rechnende Landwirt heute ausnützen sollte.

**Kirchliche Nachrichten.**

Freitag, den 24. April, abends 8 Uhr Bibelstunde im Archidiaconat. Zu zahlreichem Besuch labet herzlich ein Pfarrer Abmus.

**Zwangsvollstreckung.**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 18. Juni 1931, 10 Uhr

an der Gerichtsstelle — Zimmer 2 — versteigert werden das im Grundbuche von Rotta Band 4, Artikel 164 (eingetragene Eigentümer am 17. März 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes:

- Ehefrau Emma Schröder geb. Heine und deren Ehemann, Mühlenbauer Paul Schröder in Rotta — je zur Hälfte — eingetragene Grundstücke, 1. Gemarkung Rotta, Ktbl. 1, Parz. 701/128 v. Plan Nr. 98, Hofraum ufm. von 9,52 ar Größe
- Gemarkung Rotta, Ktbl. 1, Parz. 548/129 Rapphansmühle Nr. 77a Gebäudefläche von 97 qm. Nutzungswert: 830 Mk.
- Gemarkung Rotta Ktbl. 1, Parz. 546/131, vom Plan Nr. 98, Acker v. 46,42 ar Größe, 0,54 Tlr. Reinertr.
- Gemarkung Rotta, Ktbl. 1, Parz. 552/135, Wasserfließ, Größe 58,32 ar, 2,29 Tlr. Reinertr.
- Gemark. Rotta, Ktbl. 1, Parz. 547/130 vom Plan Nr. 98, Wiese und Gebäudefläche { v. 40,76 ar Größe, 2,08 Tlr. Reinertr. u. 4 ar Größe.
- 2. Gemarkung Rotta, Ktbl. 1, Parz. 731/128 etc. zu Plan Nr. 98, Hofraum von der Rapphansmühle Nr. 77, v. 2,36 ar Größe
- 3. Gemark. Rotta: Ktbl. 1, Parz. 747/131 vom Plan Nr. 98, Acker Größe 12,02 ar, 0,14 Tlr. Reinertrag. Ktbl. 1, Parz. 748/130 desgl. Wiese, 33,13 ar Größe, 1,69 Tlr. Reinertrag. Ktbl. 1, Parz. 749/136, desgl. Acker von 52 qm Größe, v. 0,02 Tlr. Reinertr.

Gebäudeheuerrolle Nr. 90, Grundheuerrolle Nr. 162, Kemberg, den 9. April 1931.

**Antsgericht.**

Am 1. Mai dieses Jahres tritt ein

**neuer Tarif**

für die Beförderung von Personen, Reisegepäck, Erzeugnis, Leichen lebenden Tieren und Gütern in Kraft. Nähere Auskunft erteilt die unterzeichnete Betriebsleitung.

Betriebsleitung der Kleinbahn Bergwig-Kemberg

**Grasverpachtung**

Die Grasnutzung an den Wegen der Unterförde soll **Sonnabend, den 25. April, abends 6 Uhr** verpachtet werden. Sammelplatz am Entenort. **Der Marktrichter Otto Fiedler**

**Futterrüben Speisefkartoffeln Saatkartoffeln** (Centifolia) gibt ab **Franz Hildebrandt, Euzich**

**Petanol** empfiehlt **Richard Arnold** **Mohrrüben** verkauft **Engelmann, Gaditz**

**Magdeburger**

**Pferde- und Auto-Lotterie**

Vorziehung: am 15. Mai 1931

Hauptziehung: am 22. und 23. Juni 1931

**Einzel-Los 1 Mk. Doppel-Los 2 Mk.**

**Gesamt-Gewinnplan:**

- 2 Hauptgewinne: 1 Automobil od. 1 kompl. Wohnungseinrichtung im Werte von je RM. 7500 RM. 15000
  - 2 Prämien: 2 Reitpferde od. 1 Herrensommer im Werte von je RM. 2500 RM. 5000
  - 2 Hauptgewinne: 2 edle Pferde oder 1 Auto im Werte von je RM. 3000 RM. 6000
  - 16632 Gewinne und 2 Prämien im Werte von **RM. 60000**
- Sämtliche Lose, die in der Vorziehung nicht gewonnen haben, sind ohne Nachzahlung auch für die Hauptziehung gültig.

Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über 2.— Mark mit 90 % in barem Gelde. Lose zu haben bei:

**Richard Arnold, Buch- und Papierhandlung** Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

**Prima junges fettes Rindfleisch frische Flecke**

Rich. Krausemann Nachf. Inhaber Heinrich Schneider

**Frühes Hammelfleisch** empfiehlt **Ernst Bachmann**

**Morgen Donnerstag** früh ab 7 Uhr **Speckfuchen** **Bäckerei Matthes**

**Gicht- und Rheumatiker!** können sich von ihrem qualvollen Leiden befreien durch **Carl Wabers Universalpflaster**. Seit Jahrzehnten 100fach bewährt bei **Gicht, Rheuma, Krämpfe, Nervenleiden, Schmerzstillend u. heilend** Wirkung überraschend. **Jährliche** Dankschreiben von Heilten. **Preis 1,50 u. 3.— RM.** **Apothek Kemberg.** **Apotheker Vad Schmiedeberg.**

**Eckendorfer Riesen-Walzen** (gelbe u. rote)

1 Pfund 28 Pfennig von 10 Pfund 27 Pfennig

**Lobbericher Möhrensaal Riesen-Spörgel**

Seradella, schles. Rotklee Sommerwicken Weisserbsensaat Grassamen **Steckzwiebeln** (sowie sämtliche Gemüse- und Blumen-sämereien) frisch eingetroffen bei **J. G. Glaubig.**

**Zahn-Atelier**

**Fr. Genzel** Dentist. Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen. Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalagam. Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

**Selbst eingemachten Sauerkohl** in bekannter Güte empfiehlt **Ernst Säume**

**Schützenhaus - Kemberg**  
Sonntag, den 26. April  
**groß. Ball**

**Hotel „Blauer Hecht“**  
Am Sonntag abend 8 1/2 Uhr  
— 2 Spielfilme in einem Programm —  
I. Der gewaltige Kreuzberg-Expeditionsfilm **Der Ring der Bajadere**  
Sämtliche Bilder dieses einzig in seiner Art gedrehten Filmes sind in Indien aufgenommen. Original-Aufnahmen.  
II. Iwan Mosjukin, Lil Daggover in dem Großfilm **Der geheime Kurier**  
Ein Meisterwerk der Darstellung, außerordentliche Spannung. Kampf zwischen Ehrgeiz und Liebe. Jeder Kinofreund muß dieses herrliche Programm gesehen haben.  
**Eintritt 60 und 80 Pfg.**

**Sonntag, den 26. April, abends 5 Uhr im gut geheizten Saale der Goldenen Weintraube**  
**Missionsabend**  
unter freundlicher Mitwirkung des Frauenchores. Den Hauptvortrag hält **Herr Pastor Wolf** aus Wilsleben. Alle christlichen Männer und Frauen aus Stadt und Land, insbesondere die Mitglieder des Vaterländischen Frauenvereins mit ihren Angehörigen sind hierdurch herzlich eingeladen.  
**Eintritt frei.** Freiwillige Gaben für die Mission werden in der Versammlung erbeten.  
Vaterländischer Frauenverein Gemeindefriedenrat  
Frau Archidiaconus Schulze Propst Vertman

**Seht** können Sie auch **mit Sinte durchschreiben!**  
Auskunft erteilt **Richard Arnold, Buchhandlung**

**Wer sucht** hier oder Umgebung **1. od. 2. Hypothek** Offerten unter **D M 666** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

**Schlüsselbund** von der Durgstraße bis Töpferstraße verloren. Abgabe gegen Belohnung in der Geschäftsst. d. Ztg.

**M.-T.-V.** **Morgen Donnerstag**, d. 23. April, abends 1/9 Uhr im Balmbaum **Vorturnerziehung** Erscheinen aller Abtlg.-Leiter und Vorturner erwünscht **Der Oberturnwart**

**Enten-Bruteier** verkauft **Otto Roming, Leipziger Straße 33**

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir hierdurch herzlichst  
**Walter Grieling und Frau** geb. Kunze.  
Kemberg—Berlin, 21. April 1931.

# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Musikantes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Adressierte 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Vertriebsstörung streift also erstlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Perzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeilenweise 40 Pfg., Anzeigengebühr 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Adressgabe und deutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgenommener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10.— M. das Laufen, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 48

Donnerstag, den 23. April 1931

33. Jahrg.

## Unnötige Einfuhr?

Von  
Dr. Burhard Berlin.

Da gerade die Einfuhr von Obst und Gemüse gegenwärtig den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stellt, bringen wir die Ausführungen des bekannten Volkswirtschaftlers, ohne uns jedoch dieiben zu eigen machen zu wollen. Die Schriftleitung.

Die Einfuhr von Obst und Gemüse wird von Landwirtschaft und Gartenbau als eine so drückende Konkurrenz auf dem deutschen Markt empfunden, daß nach einem verächtlichen Zollschutz für diese Produkte gerufen wird. So verständlich diese Wünsche der schwermüden deutschen Landwirtschaft auch sein mögen, so muß doch die Frage gestellt werden, ob sie sich erfüllen lassen, ohne der Gesamtwirtschaft Schäden zuzufügen, und ob sie der Landwirtschaft selbst die Hilfe bringen werden, deren sie bedarf. Die Probleme, um die es sich hier handelt, einerseits der Schutz der deutschen Landwirtschaft, andererseits ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse, sind zu verwirklichen, als daß sie sich durch ein Patentmittel, die Schutzzölle, lösen lassen.

Es steht außer Zweifel, daß durch die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen der ländlichen Bevölkerung der ständig steigende Bedarf an Obst und Gemüse nicht mehr allein aus heimischer Ernte befriedigt werden kann, weil die Voraussetzung dafür, nämlich eine regelmäßige Versorgung mit frischen Erzeugnissen das ganze Jahr hindurch, an dem unregelmäßigen Aufkommen der deutschen Ernte scheitert. Aus klimatischen Gründen können ausreichende Mengen frischen Obstes vor Ende Juni kaum auf dem Markt erscheinen und die Erntezeit für fettes Obst und Gemüse ist mit Beginn der Nachfragesaison im Oktober vorüber. Für die 6 Monate vom November bis Juni kommen für die Bedarfsdeckung der deutschen Bevölkerung in den Städten aus einheimischer Erzeugung nur die sogenannten Wintergemüse — Grünkohl, Rotkohl, Weißkohl — in Frage, von Obst neben geringen Mengen einheimischer Birnen nur Äpfel. Gerade in diesen Monaten zeigt aber unsere Ware heute noch Qualitätsmängel, die den gesteigerten Ansprüchen der Verbraucher in vielen Fällen nicht gerecht werden. Selbst wenn eine gute Ernte vorliegt, fehlen geeignete Lagerungsmöglichkeiten (Kühlschüler), um eine längere Versorgung der Verbraucher zu gewährleisten. Die Einfuhr von Obst und Gemüse fällt also in erster Linie deshalb vornehmlich aus, weil sie in der Zeit auf den Markt, wo deutsche Ware kaum noch, oder überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Die Statistik liefert dazu hierfür ein Beweismittel: 86 Prozent der Gesamtmenge der frischen Obst- und Gemüse-Einfuhr erreicht von Mitte November bis zur ersten Hälfte des Juni auf dem deutschen Markt.

In landwirtschaftlichen Kreisen ist hier und dort noch die Meinung sehr verbreitet, daß der Verbraucher heimische Produkte so zu beschaffen, wie sie den Erzeugern zufließen. Dieser Gedankengang ist in der heutigen Zeit, in der Lohnarbeiter und Gehaltsempfänger darauf angewiesen sind, nur den Tagesbedarf zu kaufen, nicht mehr maßgebend. Die Hausfrau kann heute nicht viel danach fragen, woher die Ware kommt, sondern sie wird derjenigen den Vorzug geben, die nach Qualität und Preis ihren Ansprüchen und ihrem Geldbeutel am besten entspricht.

Eine landwirtschaftliche Produktion, die sich nicht auf die Bedürfnisse des Verbrauchers einstellt, und sich nicht bemüht, nur das zu erzeugen, was der Markt verlangt, wird auch dann nicht wieder in die Höhe kommen, wenn sie ständig neue Zwangsmittel des Staates für ihre Interessen ruft. Die Klagen der Landwirtschaft über zu geringe Preise sind unberechtigt, wenn die angelegte Ware zu gute mangelnder Qualität, nur schwer absetzbar ist. Daß es durchaus möglich ist, für hochwertigere Erzeugnisse gute Preise zu erzielen, sofern sie in einer Menge an den Markt gebracht werden, die einen lohnenden Absatz durch den Handel ermöglicht, beweist die Propagandaarbeit der Landwirtschaftskammer in Halle. Dort haben gut sortierte weiße Tafeläpfel 45 bis 60 Mark pro Zentner erbracht. Es steht außer dem Zweifel, daß gute Sortenware zu Folge der kürzeren Transportwege immer früher an den Markt gebracht werden kann, als ausländische. Wenn letztere trotz der hohen Vorkaufkraft durch Frachten, Zölle und Importzölle immer noch leichter abgesetzt ist als deutsche Ware, so ist das ein Beweis dafür, daß die ausländischen Standardlieferungsbedingungen eine handelsfähige Ware erzeugen, als es der dezimiertere deutsche Anbau bisher vermochte.

Erfolgt es nun, daß durch energische Selbsthilfemaßnahmen, wie Sorten-Berminderung, Größenstandard, Einheits-Verpackung, Zusammenfassung, Marktbeobachtung und Einstellung auf die Wünsche der Verbraucher eine im weitesten Sinne des Wortes handelsfähige Ware in ausreißendem Umfang an den Markt zu bringen, wird die Konkurrenz des Auslandes mit Erfolg zu bekämpfen sein. Die Voraussetzung für diese Umstellung unserer Landwirtschaft ist allerdings die, daß der Staat der Landwirtschaft auf steuerlichem Gebiete endlich jene Entlastungen gewährt, auf die sie Anspruch hat, und daß ferner für die Landwirt-



... haben. Wenn es den Tatsachen entspricht, daß die Herren der französischen Geheimdienst angehören, so ist es unverständlich, daß sie überhaupt von Deutschland ein Visum zur Einreise erhalten konnten. Im übrigen wäre es interessant zu erfahren, mit welcher Begründung in Ostpreußen überhaupt ein französisches Konsulat unterhalten wird, das offensichtlich überhaupt nichts zu tun hat. Es kann nur angenommen werden, daß es einen vorgeschobenen französischen Beobachtungsposten darstellt, der eine enge Verbindung mit dem getreuen Militär in Warschau führen soll. Diese Vermutung wird durch den Spionageverfall in Königsberg beinahe zur Gewissheit. Die Mindestforderung Deutschlands wird wohl die sein müssen, daß der Königsberger Konsul Fragen schweigend abweisen wird, ohne daß sein unwürdiger Vorgesetzter demselben die Möglichkeit der ferneren Befragung der schuldigen französischen Offiziere energisch verweigert, ganz abgesehen davon, daß letztere des Dual d'Oran eine offizielle Entschuldigung erfolgt.

### Es wurden Festungsanlagen fotografiert!

Die den französischen Offizieren in Königsberg abgenommenen Aufnahmen sind nunmehr entwickelt worden. Die Bilder zeigen Festungsanlagen und ferner Truppenabteilungen, die mit einem Gerät, dessen Geheimhaltung anderen Staaten gegenüber im Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderlich ist. Die Aufnahmen sind teilweise durch einen Zorn hindurch gemacht worden, zeigen also Leugnungen auf dem Felde und nicht etwa auf einem dem Publikum zugänglichen freien Platz.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß jede Zitierte, die bei Handlungen angetroffen würde, wie sie die französischen Offiziere in Königsberg sich haben zueinander kommen lassen, wegen Spionageverdachts festgenommen und der Polizei bzw. dem Gericht übergeben würde. In diesem Zusammenhang muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Offiziere zur Rechtsabteilung des französischen Generalstabs gehören.

### Paris ruft die Offiziere aus Ostpreußen zurück.

Auf Anweisung der Pariser Regierung hat die französische Botschaft in Berlin an die in Ostpreußen befindlichen drei Offiziere die telegraphische Aufforderung ergoßen lassen, daß sie so schnell wie möglich Ostpreußen und Deutschland verlassen sollen.

### Der Zwischenfall von Königsberg.

Zustellungen von zutändiger Seite.

Berlin, 22. April.  
Leber die Königsberger Angelegenheit wird von zutändiger Seite folgendes mitgeteilt: Die Unteruchung der den französischen Offizieren abgenommenen Bilder ist noch nicht beendet. Es sollen Vergleiche angestellt werden, um aus den Einzelteilen festzustellen, ob auf den Bildern geheimzuhaltende Geräte zu erkennen sind.

Vier Bilder zeigen Gebäude der Königsberger Festungsanlagen, während zwei Bilder die abende Truppe (Artillerie) zeigen. Es ist anzunehmen, daß es sich bei dem Königsberger Fall um einen Grenzfall von Spionage handelt. Sollte jedoch bei näherer Prüfung festgestellt werden, daß tatsächlich Spionage vorliegt, dann würde die deutsche Regierung die Folgen ziehen.

Die Festnahme der französischen Offiziere erfolgte durch einen deutschen Offizier, der dann Vertreter der Division hinzuziehen ließ. Dieser verfügte nach Prüfung der Personalia die Freilassung der Festgenommenen.

Eine Erlaubnis zur Einreise der französischen Offiziere nach Deutschland ist nicht erteilt worden und auch nicht möglich, da die Herren in Zitiert sind.

Es handelte sich nur um die Erstellung des Visums, das allen nach Deutschland einreisenden Personen gegeben wird. Die französische Botschaft hat noch ein übriges getan und der Reichsregierung mitgeteilt, daß die beiden Offiziere die Schlichter in Ostpreußen beistehen wollten. Es war der Regierung bekannt, daß es sich bei den französischen Offizieren um Mitglieder der französischen Rechtsabteilung handelte.

### Nach Polen ausgereist.

Die beiden französischen Geheimdienst-Offiziere, die mit Kapitän de Mery Königsberg verlassen, sind nach Polen ausgereist. Oberleutnant Rochy und Kommandant Derache trennten sich in Marienburg von de Mery, der nach Berlin weiterfährt, und sind nach Dirschau weitergereist.

### Mißstimmung in Warschau.

„Das gute Geschäft der Franzosen.“

Warschau, 22. April.  
Die „Gazeta Warszawska“, das führende Blatt der Nationaldemokraten, ist über die Bedingungen der französischen Anleihe zum Ausbau der sogenannten Roblenbahn kritisch geäußert worden.

Das Blatt stellt nämlich fest, daß weder die Inhaber der Obligationen, noch die Gesellschaft irgendein Risiko tragen, sondern daß das ausschließlich dem polnischen Staatsfiskus auferlegt ist. Ebenso fällt die Erneuerung des Unterbaus und des Wagenparks während der Dauer der Verpachtung der Bahnstrecke der polnischen Regierung zu. Nicht einmal auf die Bedingungen der Anleihe nicht aufgetragen, daß polnische Regierung einen Einfluß haben können.

Das Blatt schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Wir sind prinzipiell Anhänger des Zustusses von ausländischem, zumal von französischem Kapital nach Polen. Wir schätzen die Bedeutung der Bahn Schließen und Obhängen genügend ein. Aus diesem Grunde sind wir auch gegen die Konzeption der Anleihe nicht aufgetreten, noch angeht es der unerhöht schweren Bedingungen können wir nicht schweigen.“

### Angünstige Wendung.

Sucht Frankreich die Abrüstungskonferenz zu verchieben?

Gené, 22. April.  
Der als gutunterrichtete bekannte Pariser Berichterstatter des „Journal de Genève“ schreibt, die französisch-italienischen Flottenverhandlungen hätten in den letzten Tagen eine derartig ungünstige Wendung genommen, daß gegenseitig nur noch verhandelt werden, nach außen hin den Eindruck eines offenen Zusammenbruchs zu verhindern. In England werde die öffentliche Meinung bereits auf eine unbedingte Fortsetzung der Flottenverhandlungen mit Frankreich unter Hinweis auf die von den Engländern gemachten Schwierigkeiten vorbereitet.

Damit ist jedoch eine äußerst gefährliche Lage eingetreten, da der Zusammenbruch der Flottenverhandlungen sowie die Einstellung der deutsch-österreichischen Zollunion zu einer Gefährdung der Beziehungen zwischen England und Frankreich führen könnten. Falls England und Frankreich sich nicht verständigen, müßte die Abrüstungskonferenz auf 1933 verschoben werden.

### Handerson über das Flottenabkommen.

London, 22. April.  
Auf eine Reihe von Fragen im Unterhaus über den Stand der Flottenverhandlungen zwischen Frankreich, Italien und England begünstigte sich der Außenminister Handerson mit der Feststellung, daß zur Zeit ein Ausbruch damit bedrohlich ist, Erklärungen zu entwerfen und vorüberzuden, durch die das europäische Abkommen in Kraft gesetzt werden soll.

Handerson fügte hinzu, es bestände keinerlei Grund zu der Auffassung, daß die englische Regierung nicht willens sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Die letzte Neuerung bezieht sich auf die vom Dual d'Oran verbreitete Mitteilung, der in der englischen Presse schon mehrfach widerprochen worden ist, nach der Handerson kein Interesse mehr an einem baldigen Abschluß der Verhandlungen habe.

Die Sachverständigen traten in den letzten Nachmittagsstunden zu einer kurzen Erörterung technischer Fragen zusammen.

### Drummond bei Curtius.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes in Berlin.

Berlin, 22. April.  
In den nächsten Tagen wird Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerverbundes, in Berlin weilen um mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius, der bei der Ab-